TOP

Jugendhilfeausschuss	20.05.2021
Schulausschuss	20.05.2021

öffentlich

Vorlage Nr.	266/2021-4
Stand	19.05.2021

Betreff Corona - Aktuelle Situation

Sachverhalt

In der Sitzung des Rates am 25.03.2021 hat die Verwaltung zu der Großen Anfrage der FDP ausführlich Stellung genommen und auf die vielfältigen Auswirkungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe hingewiesen (vgl. Vorlage 152/2021-4).

Auf die in der Ratssitzung gestellte Zusatzfrage von RM Kabon, ob die Verwaltung im Jugendhilfeausschuss über die Auswertung des zweiten Lockdowns berichten kann wurde eine Beantwortung für die nächste Sitzung zugesagt.

Trotz in den letzten Wochen stetig sinkender Inzidenzzahlen bedeutet die anhaltende pandemische Lage für fast alle Familien weiterhin Jonglage zwischen Homeoffice, Beschulung und Betreuung der Kinder bei gleichzeitig fehlenden sozialen Kontakten und mangelnden Freizeitaktivitäten. Dieser über einen langen Zeitraum anhaltende Zustand ist nicht nur eine ungewohnte, sondern insbesondere auch eine nicht gewollte, da nicht selbst gewählte Belastung. Es ist anzunehmen, dass sich Konflikte in den Familien in den Zeiten des Lockdowns verschärfen, psychische Erkrankungen und emotionale Schäden nicht nur bei Erwachsenen vermehrt auftreten, sondern auch bei Kindern und Jugendlichen. Vor diesem Hintergrund muss dem Kindeswohl und dem Kindesschutz gerade in dieser Zeit eine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die aktuellen Zahlen zu den Gefährdungsmeldungen und Inobhutnahmen sehen wie folgt aus:

Gefährdungsmeldungen nach § 8a SGB VIII im Vergleich

	2019	**2020**	**2021**
Gesamtjahr	71	97	
Januar bis April	19	29	49
14.12.20 – 29.04.21 (2.Lockdown)	32	53	

Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII im Vergleich:

	2019	**2020**	**2021**
Gesamtjahr	36	28	
Januar bis April	6	7	5
14.12.20 – 29.04.21 (2.Lockdown)	10	10	

„Wie Jugendämter die Auswirkungen der Corona-Pandemie einschätzen und welchen Handlungsbedarf sie sehen“ – bundesweite Befragung der Jugendämter

Das Jugendamt der Stadt Bornheim hat sich als eines von 300 der insgesamt 559 Jugendämter in ganz Deutschland an der Befragung des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism) in Zusammenarbeit mit den Landesjugendämtern beteiligt und damit wertvolle Hinweise, Einschätzungen und Rückmeldungen gegeben zu den Auswirkungen der Coronapandemie bezüglich der eigenen Handlungspraxis und zu den Folgen, die für junge Menschen und ihre Familien gesehen werden. Aus den Beantwortungen aller 300 Jugendämter konnten fachliche und fachpolitische Forderungen abgeleitet werden, um die Folgen der Pandemie in Zukunft nachhaltig zu bewältigen.

Die Ergebnisse der Befragung haben ein breites Presseecho bis hinein in die Tagesschau & heute-Nachrichten erfahren und sind bzw. werden weiterhin in unterschiedlichen fachpolitischen Gremien genutzt und weiter diskutiert. Auch in der Diskussion um das geplante milliardenschwere Hilfs- und Aufholprogramm für Kinder und Jugendliche infolge der Pandemie, welches von Bundesfamilienministerin Giffey aufgesetzt wurde, haben die Einschätzungen der Jugendämter Gehör gefunden.
Die zusammengefasste Ergebnisdarstellung ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Aktuelle Stellungnahmen und Aufrufe sowie auch die Papiere rund um die Befragung finden Sie unter: https://www.forum-transfer.de/aktuelle-papiere.html. Damit sind die Erkenntnisse der Befragung auch einer breiten (Fach-) Öffentlichkeit zugänglich.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Anlagen zum Sachverhalt

Bericht über die Ergebnisse der bundesweiten Jugendamtsbefragung